

1 Einleitung

1.1 Europäische Hochschulpolitik und ihr Niederschlag auf Hochschulebene

Welche Rolle spielt Europa für Universitäten? Ausgangspunkt der Untersuchung ist die Feststellung, dass die Europäische Union (EU) als supranationale Akteurin und Arena im Bereich der Hochschulpolitik zunehmende Bedeutung erlangt. Insbesondere die Europäische Kommission tritt seit Ende der 1990er Jahre als zusätzliche transnationale Akteurin mit einer besonderen hochschulpolitischen Agenda und einem eigenen Budget für Bildung und Forschung neben die klassischen Akteure Staat und Hochschulen. (vgl. Kehm 2001: 68; vgl. Stichweh 2001: 356) Europäischen Entscheidungen und Maßnahmen kann insgesamt ein steigender Einfluss auf die traditionell vornehmlich national- oder regionalstaatlich definierte Hochschulpolitik in den europäischen Mitgliedstaaten und den Handlungs- und Entscheidungsspielraum der europäischen Hochschulen attestiert werden. (vgl. Teichler 2010: 51; vgl. Leresche et al. 2009: 4 f.) Dies wird deutlich am Beispiel der Anreizsteuerung, die die Europäische Kommission über ihre verschiedenen Programme im Bildungs- und Forschungsbereich ausübt, aber auch am Beispiel des Bologna-Prozesses, der, wenn er auch nicht auf EU-Ebene initiiert wurde und die regionalen Grenzen der Europäischen Union mittlerweile deutlich überschreitet, nicht zuletzt angesichts der institutionellen Beteiligung der Europäischen Kommission eng mit der Reformagenda der EU verwoben ist. (vgl. Neave und Maassen 2007: 135; vgl. Gornitzka 2007a: 27; vgl. Seckelmann 2010: 228, 240; vgl. Martens und Wolf 2006: 145) Während nationale und subnationale hochschulpolitische Entscheidungen zunehmend durch einen Anpassungsdruck an europäische Normen und Paradigmen geprägt zu sein scheinen, können Universitäten auch in ihrer internen stra-

tegischen Planung entscheiden, sich mehr oder weniger stark in der Umsetzung der Ziele des Bologna-Prozesses und der in den hochschulrelevanten Förderungsprogrammen transportierten Modernisierungsagenda der Europäischen Union zu engagieren. (vgl. Corbett 2004: 15)

Um diese hochschulinterne strategische Ausrichtung genauer zu beleuchten, muss allerdings geklärt werden, welchen Eindruck und welches Verständnis individuelle Akteure innerhalb der Hochschule von den hochschulpolitischen Initiativen und Programmen der EU erhalten und welche Handlungsoptionen sich ihnen in diesem Zusammenhang eröffnen. Zur Einschätzung der EU-Hochschulpolitik durch Akteure an den Hochschulen liegen derzeit vor allem die Ergebnisse standardisierter Umfragen vor: Die Ergebnisse einer internetbasierten Umfrage des niederländischen Center for Higher Education Policy Studies (CHEPS) an der Universität Twente, die im Jahr 2006 unter Teilnehmerhochschulen des europäischen Hochschulprogramms ERASMUS durchgeführt wurde, diagnostizierte – zumindest in der Wahrnehmung der befragten Akteure – ein zunehmendes Gewicht der Entscheidungen und Maßnahmen der Europäischen Kommission in der Hochschulpolitik. Über zwei Drittel der Befragten in Forschung und Verwaltung der Hochschulen gaben an, die Kommission habe ihrer Ansicht nach in der Hochschulpolitik einen größeren bis wesentlich größeren Einfluss als noch zehn Jahre zuvor. (vgl. CHEPS 2006a: 14; vgl. CHEPS 2009b) In einer in den Jahren 2008 und 2009 unter europäischen Hochschulen durchgeführten Umfrage im Auftrag des europäischen Hochschulverbands European University Association (EUA) nannten 78 Prozent der befragten Hochschulvertreter die Bologna-Reformen als wichtigen Einflussfaktor für die Entwicklung und strategische Ausrichtung ihrer Hochschule in den vergangenen drei Jahren. Rund 61 Prozent der Befragten hielten die Internationalisierung von Forschung und Lehre, immerhin noch 43 Prozent die Forschungs- und Innovationspolitik der EU für wichtige Faktoren. Im Vergleich dazu wies nur rund ein Viertel der Befragten den viel diskutierten nationalen und internationalen Rankings von Hochschulen und Studiengängen und der Prognose demographischer Entwicklungen, die etwa die Planung von Studienkapazitäten entscheidend beeinflussen kann, eine wesentliche

strategische Bedeutung für die Entwicklung der eigenen Hochschule zu. (vgl. Sursock und Smidt 2010: 25) Diese erhebliche Bedeutungszuschreibung sagt allerdings noch nichts über den Grad der Beteiligung und des Engagements der Hochschulen bzw. ihrer Mitglieder aus. Insofern sind die Ergebnisse vor dem Hintergrund einer früheren Studie der EUA einzuschränken: Hier fanden die Autoren auf der Grundlage einer unter Hochschulleitungen durchgeführten schriftlichen Befragung in den Jahren 2005 und 2006 heraus, die Wahrnehmung von Europäisierungsprozessen bliebe innerhalb der Hochschule häufig auf die gewohnten Ziele und Aktivitäten der Kooperation und Mobilität beschränkt. Strategische Ziele der Hochschulen und übergreifende Politikziele der europäischen Hochschulpolitik seien auf der institutionellen Ebene häufig nicht verbunden, sondern würden in unterschiedlichen Interessensphären und Handlungsspielräumen verhandelt und umgesetzt. (vgl. Crosier et al. 2007: 21) Dieser diagnostizierte Widerspruch ließe sich wie folgt zuspitzen: Europäische Hochschulpolitik ist ein wichtiger Faktor und Tagesordnungspunkt der strategischen Ausrichtung der Hochschulen, schlägt sich allerdings in ihren Auswirkungen und Mechanismen kaum in den institutionellen Strukturen der Hochschulen nieder. Hier zeigt sich ein deutlicher Forschungsbedarf, der die Ebene der Hochschulen genauer in den Blick nimmt und untersucht, ob, wann und wie strategische Vorgaben und Selbstverpflichtungen in tägliche Praktiken hineinwirken und auf welche Weise europäische Politikziele in internen Aushandlungsprozessen unterstützt, befördert oder vernachlässigt werden.

Welche Rolle spielen Universitäten für Europa? Parallel zu der auf der Ebene der Universitäten wahrgenommenen und in ihren kausalen Zusammenhängen noch genauer zu ergründenden Bedeutungssteigerung europäischer Hochschulpolitik lässt sich auch auf der politischen Agenda der EU ein Bedeutungszuwachs des Politikfeldes Hochschulpolitik ausmachen, der sich etwa anhand einer Auswertung der jüngeren Veröffentlichungen nachweisen und illustrieren ließe. (vgl. Maassen und Olsen 2007: 6) Auf europäischer Ebene entwickeln sich, so lässt sich aus den Verlautbarungen des Rates und der Kommission der EU der letzten Jahre ableiten, ein kohärentes Bild der Ziele und Aufgabenbereiche der

Hochschulmodernisierung sowie ein Instrumentarium an Prozessen und Maßnahmen zu deren Umsetzung. Im Rahmen des seit 1999 fortschreitenden Bologna-Prozesses zur Reform der Studienstrukturen, der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Reformagenda der im Jahr 2000 verabschiedeten Lissabon-Strategie und ihrer im Frühjahr 2010 initiierten Fortsetzung in der Strategie Europa 2020 und auch des 2008 ins Leben gerufenen forschungspolitisch orientierten Ljubljana-Prozesses haben Rat und Kommission eine ambitionierte Vision für die zukünftige Mission und Strategie der Universitäten in der Wissensgesellschaft entworfen. (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2003, 2005b, 2006, 2007b, 2008b, 2010b, 2011c) Vor dem argumentativen Hintergrund der sozialen und ökonomischen Funktion von Hochschulbildung und Forschung an Hochschulen plädiert insbesondere die Europäische Kommission für eine Modernisierung der Universitäten zugunsten einer Steigerung der Mobilität, des Anwendungsbezugs der Ausbildungsinhalte und Forschungsthemen, des Wettbewerbs um Studierende und Fördermittel und des zielorientierten Managements im Hochschulbereich. (vgl. v.a. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2006; vgl. Maassen und Olsen 2007: 6; vgl. Sursock und Smith 2010: 14 f.) Programmatisch lässt sich die Hochschulbildungs- und Forschungspolitik der Europäischen Union mit ihren Austausch- und Kooperationsprogrammen auch als ein Projekt europäisch orientierter Integrationseliten zusammenfassen, dessen Ziel vor allem darin besteht, die gesamte Region im Rahmen des globalen Wettbewerbs zu stärken.¹ (vgl. Pechar 2003: 5) Dabei wäre es eine unzulässige Verkürzung, die europäischen Anstrengungen in der Bildungs- und Forschungspolitik entweder als ein rein wirtschaftspolitisches Projekt oder aber als Ausdruck einer rein wissenschaftsorientierten

¹ Kritisch gegenüber einer diagnostizierten Kommerzialisierung und Neoliberalisierung der europäischen Hochschulpolitik äußern sich etwa Blömert und Meyer-Renschhausen (2009: 35 ff.) oder Kellermann (2009: 54 f.). Maassen und Olsen kritisieren das ihrer Ansicht nach auf europäischer Ebene bevorzugte Modell einer nach wirtschaftlichen Prinzipien organisierten und orientierten Universität, das mit der traditionellen Idee der europäischen Universität als öffentliche und demokratisch organisierte soziale Institution kollidiert. (vgl. Maassen 2007: 209; vgl. Maassen und Olsen 2007: 3)

Agenda auszulegen. Anzunehmen ist, dass es sich vielmehr um eine Schnittmenge dieser Zielsetzungen handelt. (vgl. Leresche et al. 2009: 8)

Angesichts der fehlenden vertraglichen Grundlage für direkte regulative Politik in der Hochschulbildungs- und Forschungspolitik konzentriert sich das Instrumentarium der EU in diesen Politikfeldern vor allem auf distributive Maßnahmen, die Dialog- und Lernprozesse in Gang setzen und befördern sollen. (vgl. Wächter 2006: 13 f.) In erster Linie sind hier im Bildungsbereich das Programm ERASMUS+ (2014-2020), Nachfolger des Programms für Lebenslanges Lernen (LLP), und im Forschungsbereich das ebenfalls 2014 angelaufene und mittlerweile achte Forschungsrahmenprogramm (FRP) mit dem Titel Horizon 2020 zu nennen, das neben Unternehmen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen vor allem auch Hochschulen bei der gemeinsamen Durchführung grenzüberschreitender Forschungsprojekte unterstützen soll.² Die Wirkung dieser auf den ersten Blick vor allem distributiven Instrumente soll dabei durchaus nicht auf die Finanzierung transnationaler Austausch- und Kooperationsprojekte, die im Rahmen nationaler Förderungsinstrumente möglicherweise unberücksichtigt blieben, beschränkt bleiben. Vielmehr richtet sich die Auswahl der förderungswürdigen Projekte nach den politischen Prioritäten der EU, die je nach Programm beispielsweise eher entwicklungspolitisch, etwa bei der Förderung von Hochschulkooperationsprojekten im Rahmen der Programme ALFA im lateinamerikanischen oder EDULINK im afrikanisch-pazifisch-karibischen Raum, oder vorwiegend wirtschaftspolitisch, etwa im Bereich der Nanotechnologien im Rahmen des Spezifischen Programms Zusammenarbeit des 7. Forschungsrahmenprogramms, ausgerichtet sein können. Durch die Etablierung transnationaler Netzwerke und Konsortien und den Anstoß zu Vergleich und Konvergenz zwischen den Partnern, etwa im Rahmen gemeinsamer grenzüberschreitender Forschungs- oder Curricularprojekte,

² Da der Untersuchungszeitraum dieser Arbeit, in dem auch die Interviews geführt wurden, zwischen 2010 und 2012 liegt, werden die neueren Entwicklungen der EU-Hochschulpolitik hier nur der Vollständigkeit halber erwähnt. Relevante Kontextfaktoren waren jedoch die zum Zeitpunkt der Interviews aktuellen Programme und Maßnahmen, also das *Programm für Lebenslanges Lernen* und das *7. Forschungsrahmenprogramm*. (vgl. Kapitel 4.1.1.4 und 4.1.2.4)

können und sollen diese Förderungsprogramme im Nebeneffekt vielmehr den internationalen Abstimmungsbedarf bildungs- und forschungspolitischer Rahmenbedingungen deutlich machen und so die Grundlagen für eine supranationale Agenda schaffen, die auf EU-Ebene aufgegriffen und bearbeitet werden kann. (vgl. CHEPS et al. 2009a: 22) Parallel zu dieser indirekten Steuerung durch distributive Programme versucht die EU auch auf anderen Wegen, Einfluss auf die Ausgestaltung der Hochschulbildungs- und Forschungspolitik in den Mitgliedstaaten zu nehmen. So sind vor allem die Einbeziehung der Hochschulbildung und der universitären Forschung in den Anwendungsbereich der Lissabon-Strategie bzw. der im Frühjahr 2010 lancierten Nachfolgestrategie Europa 2020 und die Beteiligung der Europäischen Kommission als Mitglied der Bologna Follow Up Group an den Beratungen im Rahmen des Bologna-Prozesses wichtige Steuerungsinstrumente der europäischen Ebene, die ihre Position und Initiativen vor allem in Mitteilungen der Europäischen Kommission regelmäßig verdeutlicht. (vgl. Robertson 2009: 70 f.; vgl. Ravinet 2008: 353 f.)

Im Vergleich zu den national- und regionalstaatlichen regulativen Kompetenzen ist dieses politische Instrumentarium der europäischen Ebene allerdings auf ein Minimum an politischer Durchsetzungskraft beschränkt, schließlich muss für alle Maßnahmen im hochschulbildungs- oder forschungspolitischen Bereich zunächst ein Konsens unter den Mitgliedstaaten erreicht werden. (vgl. Art. 165 und Art. 179 ff. des Vertrags von Lissabon) Gleichzeitig ist das zur Verfügung stehende Budget der EU für bildungs- und forschungspolitische Maßnahmen im Vergleich zu national- oder regionalstaatlichen Haushaltsmitteln stark begrenzt.³ Im

³ So standen der EU im Haushaltsjahr 2010 Mittel in Höhe von rund 1,5 Milliarden EURO für den Bereich Bildung und Kultur – hierunter fällt vor allem das LLP, das neben ERASMUS für den Hochschulbereich beispielsweise auch Teilprogramme für die Bereiche Schule, Spracherwerb und außeruniversitäre Weiterbildung umfasst – und rund 5 Milliarden EURO für den Bereich Forschung – hierunter fällt vor allem das 7. FRP – zur Verfügung. (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2010c: 17) Im Vergleich hierzu warben allein die deutschen Hochschulen im Jahr 2008 Drittmittel in Höhe von 4,9 Milliarden EURO vor allem für den Bereich Forschung und Entwicklung ein, davon rund 1,6 Milliarden von der *Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG)*, die damit wichtigster Drittmittelgeber in Deutschland ist. Auf die Europäische Union entfielen lediglich rund 400 Millionen der ein-

Hinblick auf distributive und regulative Maßnahmen der Hochschulpolitik herrschen nicht nur in finanzieller Hinsicht national- oder regionalstaatliche Entscheidungskompetenzen und Traditionen weiterhin vor. Parallel zur geforderten und beförderten Harmonisierung der Strukturen und Ausrichtungen universitärer Forschung und Lehre bleibt die Diversität der nationalen Systeme ein zentrales Merkmal des Europäischen Hochschulraums. (vgl. CHEPS et al. 2009a: 20) Die zeitliche und inhaltliche Umsetzung des Bologna-Prozesses oder der Modernisierungsagenda der Europäischen Union wird entscheidend geprägt von nationalen Prioritäten und Pfadabhängigkeiten. (vgl. Huisman und van der Wende 2005: 236 f.; vgl. CHEPS 2006: 27) Vor diesem Hintergrund von einer Europäisierung der Hochschulpolitik insgesamt zu sprechen, scheint daher in einer kritischen Sichtweise mitunter eher eine politisch motivierte Wunschvorstellung als eine realistische Bestandsaufnahme zu sein. Aus einer eher pessimistischen oder strukturkonservativen Perspektive lässt sich auch die Formulierung und Artikulation europäischer Zielsetzungen auf nationaler, regionaler oder institutioneller Ebene als politisch opportunes Signalling qualifizieren, hinter dem sich wenige oder keine strategischen oder strukturellen Neuorientierungen verbergen. (vgl. Trondal 2002: 6; vgl. Maasen und Weingart 2006: 23) Selbst wenn sich, so kann man diese kritische Betrachtung weiterführen, die in Universitäten und Ministerien verwendeten Slogans und Argumente im Zuge vor allem des Bologna-Prozesses zunehmend ähneln, lassen sich auf der Handlungsebene der konkreten Entscheidungen und Maßnahmen vor Ort klare und nach wie vor national oder regional bestimmte Unterschiede ausmachen. (vgl. CHEPS 2006: 27)

Doch auch wenn die Rede von einer umfassenden Europäisierung des Politikfeldes verfrüht erscheint, lassen sich doch, wie die oben zitierten Umfrageergebnisse andeuten, zumindest auf der Ebene der Hochschulen Veränderungen in der Wahrnehmung und Wirkung europäischer Programme annehmen, denen im Rahmen dieser Arbeit nachgegangen werden soll. Aber wie lassen sich diese Wirkungen europäischer

Hochschulpolitik fassen? Sickert die auf EU-Ebene entworfene umfassende Vision der Hochschulmodernisierung, die alle Dimensionen und Funktionen der Hochschule umfasst, auch auf die institutionelle Ebene der Hochschulen durch? Kann in diesem Zusammenhang von einer schrittweisen Europäisierung der Universitäten gesprochen werden, also von einer Integrationsdynamik, in deren Rahmen auf europäischer Ebene entwickelte Prozesse und Paradigmen sukzessive auf die Identität und Politikgestaltung vor Ort übertragen werden? (vgl. Radaelli 2004: 30) Aus dieser Überlegung ergibt sich die zentrale Frage der Arbeit: Wie werden die auf europäischer Ebene definierten hochschulpolitischen Ziele und Maßnahmen vor Ort, also in den Universitäten selbst, aufgenommen, umgesetzt und verbreitet? Nehmen Universitäten die EU als relevante Akteurin, die Beteiligung an europäischen Programmen als wichtige Interessensphäre, die europäische Ebene als Handlungsraum zur Artikulation und Unterstützung ihrer Interessen wahr? Untersucht werden vor diesem Hintergrund Position und Verhalten von drei traditionellen europäischen Volluniversitäten in Deutschland, den Niederlanden und der Schweiz im Kontext des proklamierten Europäischen Hochschulraumes. Im Zentrum steht die Betrachtung der intra-organisationalen Prozesse an diesen Universitäten. Dabei spielt der spezielle Charakter der Organisationsform Hochschule eine wesentliche Rolle. Maßgeblich für die Forschungsperspektive ist in diesem Zusammenhang die in der Hochschulforschung klassische Beschreibung der Universität als schwach integriertes, lose gekoppeltes System aus weitgehend voneinander unabhängigen Einheiten und Interessen, das sich durch flache Hierarchien, hohe Autonomie der Abteilungen und Mitglieder sowie die grundsätzliche Notwendigkeit konsensueller Strategieentscheidungen auszeichnet. (vgl. Weick 1976: 1 f.; vgl. Musselin 2007: 75; vgl. Thaller 2009: 22) Der Schwerpunkt der Untersuchung liegt daher nicht auf einer Rekonstruktion der Position der Universität als Einheit, sondern auf der Erhebung der Motivationen, Erfahrungen, strategischen Entscheidungen und Netzwerkaktivitäten individueller Akteure innerhalb der organisationalen Teilbereiche der Universität, die europäische Hochschulpolitik als Handlungsresource nutzen und umsetzen.

Kurz gefasst lässt sich die Forschungsfrage wie folgt formulieren: Wer spielt in Universitäten die europäische Karte? Welche Akteure, Motivationen und Strategien innerhalb der Hochschule fördern oder behindern die Umsetzung europäischer Politikinhalte auf der Hochschulebene?

1.2 Forschungsstand

An welche Forschungslinien knüpft das Projekt an? Welche Fragestellungen und Kontexte wurden bereits bearbeitet und können als Grundlage verwendet werden?

1.2.1 Einordnung in das Forschungsfeld Hochschulforschung

Die Arbeit verortet sich im Feld der sozialwissenschaftlichen Hochschulforschung und untersucht hier speziell die internen Entscheidungsprozesse in Hochschulen sowie die Wechselwirkungen zwischen der Organisation Hochschule und den hochschulpolitischen Maßnahmen der europäischen Ebene. Hochschulforschung ist nach Einschätzung des Soziologen und langjährigen Leiters des *International Centre for Higher Education Research* an der Universität Kassel (*INCHER-Kassel*), Ulrich Teichler, ein relativ junges und heterogenes Forschungsfeld, das in Umfang und Ausrichtung stark vom Forschungsgegenstand und weniger von der disziplinären Zugehörigkeit der Forschenden bestimmt wird und somit eher als anwendungsorientiert bezeichnet werden kann.⁴ (vgl. Teichler 2005a: 448; vgl. Teichler 2008: 65 f.) Der Politikwissenschaftler Peer Pasternack, Leiter des *Instituts für Hochschulforschung (HoF) Wittenberg*, beschreibt Hochschulforschung als „fortwährendes interdisziplinäres Kopplungsmanöver“, in dem Theorien und Methoden aus den Quellendisziplinen

⁴ Typischerweise ist auch die erst 2006 gegründete *Gesellschaft für Hochschulforschung (GfHf)*, der akademische Fachverband der Hochschulforscher im deutschsprachigen Raum, durch die Multidisziplinarität ihrer Mitglieder gekennzeichnet und hat sich explizit dem fächerübergreifenden Diskurs zum Forschungsgegenstand Hochschule verschrieben.

Soziologie, Politikwissenschaft und Erziehungswissenschaft und aus den Schnittstellendisziplinen Verwaltungs-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften permanent auf ihre gegenstandsbezogene Verwendbarkeit hin ausgewertet werden, um dann im Erfolgsfall in den Kanon der Hochschulforschung aufgenommen zu werden.⁵ (vgl. Pasternack 2006b: 108)

Die Entwicklung der Hochschulforschung als eigenständiges Forschungsfeld wird in der Regel als ein in den 1970er Jahren einsetzender Prozess beschrieben. (vgl. Schneijderberg et al. 2011: 8) Im Fokus standen zunächst vor allem praxisorientierte Themen und Expertisen im Sinne einer gestaltenden Politikberatung im Hochschulbereich. Erst seit den 1990er Jahren widmet sich die Hochschulforschung auch einer intensiveren wissenschaftlichen Selbstreflexion der Hochschulen. (vgl. Zimmermann 2008: 116) Während in den Anfangsjahren vor allem politisch aktuelle Problemlagen wie die Chancengleichheit beim Hochschulzugang oder Folgen und Erfordernisse der Expansion der Hochschulsysteme im Mittelpunkt der Forschung standen, traten seit den 1980er Jahren Themen wie Steuerung, Management und Evaluation von Hochschulen, Studium, Forschung und Lehre auf den Plan. (vgl. Teichler 2008: 69) Prominenteste und einflussreichste Richtung im Rahmen der internationalen Hochschulforschung ist der Zweig des *Institutional Research*, einer ursprünglich vor allem an US-amerikanischen Hochschulen beheimateten anwendungsorientierten Forschungsrichtung, die als Vorläuferin der mittlerweile auch in Deutschland vor allem an hochschulinternen Kom-

⁵ Aus wirtschaftswissenschaftlicher Perspektive stehen im Zentrum der Hochschulforschung vor allem die Analyse der Kosten- und Nutzenaspekte von Einrichtungen und Prozessen der Hochschulbildung und Forschung sowie die Bedeutung und Entwicklung von Bildung und Forschung als öffentliche Güter. (vgl. Hummelsheim und Timmermann 2010; vgl. Grözinger 2011) Pädagogisch orientierte Hochschulforschung setzt sich vor allem mit Fragen der Hochschuldidaktik auseinander (vgl. Schneider und Szczyrba 2010; vgl. Schmidt-Hertha und Tippelt 2011), während die in der Psychologie angesiedelte Hochschulforschung in der Regel individuelle Aspekte des Lehrens und Lernens, aber auch der Personal- und Organisationsentwicklung thematisiert. (vgl. Scholkmann 2008) Im politik- bzw. sozialwissenschaftlichen Bereich trifft man vor allem auf organisationssoziologische Studien, die sich mit der speziellen Organisationsform der Hochschule auseinandersetzen, oder auf Politikfeldanalysen, die die Entwicklungen hochschulpolitischer Programme und Maßnahmen im nationalen oder internationalen Kontext verfolgen. (vgl. Teichler 2008: 67; vgl. Dobbins und Toens 2011; vgl. Krücken 2011)

Europäisierung der Universität
Individuelle Akteure und institutioneller Wandel in der
Hochschule

Simoleit, J.

2016, XX, 445 S. 26 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-12573-8